

zwar für »viele relevanten AkteurInnen« durchaus »profitabel« sei, sich »an die lokale Scale zu halten« (157f) – letztlich aber nur, um sich die Konkurrenz zwischen den Städten innerhalb einer Region zu nutzen zu machen. Gleichzeitig aber macht er deutlich, dass die »vielbeschwertere regionale Kultur und Identität« (158) hierbei kaum eine Rolle spielen.

Herauszuheben ist der Beitrag von Patrick Eser im dritten Teil. Er untersucht im Prozess der Modernisierung der baskischen Metropole Bilbao und des in ihm eingeborenen Baus des Guggenheim-Museums die »Variabilität und Umkämpftheit verschiedener Raumrepräsentationen und identitärer Visionen« (210). Er versteht Region als »komplexen Prozess [...] des symbol shapings« (212), also symbolischer Konturierung. Überzeugend legt er dar, wie sich seit der Krise Ende der 1970er Jahre die baskische Identität um den Bau des Guggenheim-Museums als »erfolgreicher Kristallisationspunkt« (224) neu formierte. Der Beitrag zeichnet die »strategisch motivierte Artikulation regionaler Identitäten« (213) durch unterschiedliche Akteure nach und macht deutlich, dass das Guggenheim Museum als Gegenstand der Auseinandersetzung konkurrierender Identitätskonzeptionen der regierenden »moderat-nationalistischen PNV [Partido Nacionalista Vasco]« (214) und des baskischen Linksnationalismus um das Künstlerforum *Kultura Keska* bzw. der Partei Herri Batasuna fungierte. Während die PNV die Erneuerung der baskischen Kultur und Identität anstrebte, sahen die baskischen Linksnationalisten im Guggenheim-Projekt einen »ökonomischen und kulturellen Selbstmord des Baskenlandes« (219). Verf. macht deutlich, dass es der PNV letztlich gelungen ist, »einen wirkungsmächtigen Mythos vom modernen Baskenland zu stiften, mithin eine neuartige Selbstrepräsentation und modernisierte kollektive Identitätsmuster« (224). Er zeigt, wie es zur »Neuerfindung Bilbaos als distinguierte Marke und *global city*« (ebd.) kam. Diese Konstruktion folge nicht nur dem Ziel, das Identifikationsangebot an die eigene Bevölkerung zu erhöhen, sondern auch, die »internationale Sichtbarkeit als [...] Wirtschaftstandort« (225) anzuhäufen. Weitere Beiträge im Abschnitt beschäftigen sich mit einer feministischen Sicht auf Region, Regionalpolitik und regionale Kultur (Ortun Brand), mit der Verschiedenheit institutioneller Arrangements regionaler Finanzregime (Stefan Gärtner) sowie mit der regionalen Krisen- und Strukturpolitik von Gewerkschaften, Betriebsräten und Belegschaften in Deutschland (Bernad Rötger).

Insgesamt gibt der Sammelband einen guten Überblick über die Debatten zur »Aufwertung der Region« und zeigt theoretische Überlegungen, wie kritische Regionalforschung durch kulturelle Analysedimensionen erweitert werden kann. Leider fehlt ihm jedoch ein roter Faden: Zwar steht die konfliktreiche Konstitution der Region im Mittelpunkt aller Beiträge, jedoch vermitteln die unterschiedlichen Zugänge und Ansätze einen eher unsortierten Eindruck. Hier hätte man sich eine stärkere Verbindung der einzelnen Beiträge gewünscht.

Felix Syrovatka (Berlin)

**Aulenbacher, Brigitte, u. Maria Dammayr (Hrsg.), *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*, Beltz Juventa, Weinheim-Basel 2014 (256 S., br., 29,95 €)**

An die Krise 2008 knüpfen Teile der Linken die Hoffnung, dass sich der *Common Sense* über ein gescheitertes Finanzsystem zu einer emanzipatorischen Kritik kapitalistischer Ökonomie und bürgerlicher Gesellschaftsformation verallgemeinern ließe. Dies ist nicht eingetreten, aber es gibt Widersprüche, die sich in der Krise verschärfen, Gegenstand öffentlicher Debatten werden und so ein Vehikel für eine radikale Gesellschafts- und Kapitalismuskritik sein können. Seit 2009 erschienen Schriften, die neoliberalen Krisenphänomene der sozialen Reproduktion aufgreifen und gesellschaftstheoretisch,

vielfach feministisch, in die strukturelle Dominanz kapitalistischer Ökonomie über die Lebensbedürfnisse von Menschen einordnen (z. B. *Das Argument* 29/2/2011; LuXemburg 4/2012; Denknetz Jahrbuch 2013; Widerspruch 62/2013). Die Problemstellung des besprochenen Bds. reiht sich hier ein. Er dokumentiert eine Reihe, die 2012 und 2013 von der Arbeiterkammer Oberösterreich, der Universität Linz und der Volkshochschule der Stadt Linz veranstaltet wurde. Im Zentrum steht die staatliche und institutionelle Regulierung von *Care*, d. h. »Sorge und Sorgearbeit« (10) bzw. berufliche und private Arbeit in Haushalten, Erziehung, Pflege und Betreuung. Deren Ausgestaltung sei stets untkämpft, an ihr lasse sich »der Zustand unserer Gesellschaft ablesen« (ebd.). Der Bd. fokussiert vornehmlich auf die neoliberale Preisgabe fordristischer Errungenschaften: »Heute, unter den Vorzeichen der forcierten Ökonomisierung des Sozialen, der Austerität und des Demokratieverlustes, werden die in der modernen Gesellschaft seinerzeit erreichten Standards der Selbst- und Fürsorge unterboten« (9). Die herrschaftsförmige Organisierung von *Care* entlang von Rassismus, Geschlechter- und Klassenverhältnissen bestimmt in den meisten Beiträgen die Perspektive, wobei die präsentierte facettenreiche Kritik des Neoliberalismus nicht durchgängig mit einer systematischen Kapitalismuskritik verknüpft wird.

Der erste Teil mit dem Titel »Selbst- und Fürsorge« behandelt die institutionellen Bedingungen von privater *Care*-Arbeit und ihre ideologischen Artikulationen. Zwei Beiträge widmen sich dem historischen Wandel von Individualitätsvorstellungen: Hans-Peter Müller behandelt die Ablösung des humanistischen Individualismus durch neoliberale Selbstbestimmung, die keine Gestaltung der Verhältnisse, sondern nur die Bewältigung der aus ihnen resultierenden Unsicherheit vorsehe. Überraschend ist, dass dieser erste Beitrag, der eine theoretisch-historische Einordnung der Thematik vornimmt, gänzlich ohne Bezug auf Geschlechterverhältnisse auskommt. Cornelia Klinger hingegen setzt aus einer an Habermas orientierten Perspektive an der modernen, geschlechtsspezifischen Sphärenrennung von Ökonomie und Lebenswelt an und beschreibt den Übergang von Selbstsorge in der privaten Sphäre zur neoliberalen Selbstständigkeit als Wechsel zweier herrschaftsförmiger Lebenssorge-Regime. Aulenbacher und Dammayr argumentieren, dass der Kapitalismus nicht nur in Krisenzeiten, sondern strukturell und systemimmanent die soziale Reproduktion zerstöre. Dem Anspruch der Menschen an gelingendes Sorgen sei insofern eine kapitalismuskritische Perspektive eingeschrieben, als dieser sich aufgrund der Rationalisierungstendenzen in allen *Care*-Bereichen zunehmend schlechter realisieren lasse. Hier können durchaus in Zukunft »Legitimitätskrisen« von unten auftreten« (73). Klaus Dörre und Martin Schenk behandeln die Selbstsorgegefährdung durch aktivierende Arbeitsmarktpolitik und Armut, und Hildegard Theobald vergleicht Pflegepolitiken in Ländern Europas und Südostasiens.

Teil 2, »Care trans- und international«, gilt den Migrations-, *Care*- und Geschlechterregimen, die vor dem Hintergrund von forciertem Lohnarbeitszwang und globaler Ungleichheit den informellen und prekären *Care*-Arbeitsmarkt hervorbringen. Verglichen werden unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regime: Angst informeller und migrantischer Arbeit und Sabine Beckmann Voraussetzungen für eine Umverteilung von *Care*-Arbeit zwischen den Geschlechtern. Auch die These der Komplizenschaft des Staates im Sinne einer systematischen Ausnutzung illegalisierter Arbeit zur Bewältigung von *Care*-Krisen wird aufgegriffen: von Almut Bachinger mit Blick auf den irregulären Pflegearbeitsmarkt in Österreich und von Ewa Palenga-Möllenberg mit Blick auf transnationale *Care*-Ketten in Osteuropa.

Teil 3 widmet sich der »Sorgearbeit im konservativen Wohlfahrtsstaat«. Neue Arbeitsteilungen zwischen den Sektoren werden dabei überwiegend unter der Perspektive ihrer sozialen Ungleichheitseffekte betrachtet. Zunächst steht die informelle Care-Arbeit im Fokus: Birgit Riegraf thematisiert den Wandel wohlfahrtsstaatlicher Gerechtigkeitsparadigmen. Das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit weiche einem erwerbsarbeitsbezogenen »Prinzip der Leistungsgerechtigkeit«. Die damit einhergehende fehlende Anerkennung von privater Sorgearbeit in Verbindung mit der anhaltenden geschlechtlichen Arbeitsteilung und dem steigenden Kommodifizierungsdruck auf die Arbeitskraft unterwandere die gesellschaftlichen Voraussetzungen gelingender Care – namentlich deren soziale Absicherung und zeitliche Ressourcen – und verstärke soziale Ungleichheit. Karin Jurczyk stellt dar, dass die doppelte Entgrenzung von Familie und Erwerbsarbeit zu einer Krise der Familie, also dem zentralen Ort der Care-Arbeit, wird, und Ingrid Mainhuber erörtert Voraussetzungen für den Abbau von Geschlechterungleichheit in der Vereinbarkeit von Erwerbs- und familiärer Care-Arbeit. Margareta Kreimer diskutiert die Zunahme informeller haushaltsnaher Dienstleistungen im Hinblick auf soziale Ungleichheit zwischen Frauen. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit professioneller Care-Arbeit: Dagmar Andree und Matthias Specht erörtern die hohe Berufszufriedenheit der Beschäftigten, Katharina Meichenisch diskutiert aus betriebswirtschaftlicher Perspektive die eingeschränkte Marktfähigkeit sozialer Dienstleistungen und Dorothea Greiling warnt vor einer drohenden Zunahme von Korruption, wenn sich *New Public Management* auch für Care-Sektoren durchsetzen würde. Abschließend diskutieren Erika Rippatha und Iris Woltran Lösungsansätze der Care-Krise und plädieren aus Erwerbstätigenperspektive für den Ausbau sozialer Infrastrukturen.

Der Bd. beleuchtet diverse Aspekte des neoliberalen Versagens im Hinblick auf Bedingungen guter Sorgearbeit. Deutlich wird, wie dies breite Bevölkerungsteile betrifft und zugleich als sozialer Ungleichheitsfaktor an Bedeutung gewinnt. Hg. merken einleitend an, dass sich aus der Vielfalt an Perspektiven kaum ein gemeinsamer Nenner ergebe (14). Dies führen sie als kontroversen Charakter des Buches ein, der sich bei der Lektüre jedoch kaum entfallt. Es stellt weniger einen pointierten gesellschaftstheoretischen Debattebeitrag dar, sondern vielmehr eine breite Sammlung von Themen und Standpunkten und liest sich als Überblickswerk und Handbuch. In politischer Hinsicht weisen die Beiträge durchgehend auf Forderungen nach einer dekommodifizierenden sozialpolitischen Regulierung von Care und den Ausbau sozialer Infrastrukturen; bewegungspolitische Perspektiven bleiben dabei unbeleuchtet, was verwundert, da gerade der Beitrag der Hg. darauf zielt, das Interesse an guten Care-Bedingungen in Zeiten zugespitzter Widersprüche gegen Vermarktlichung zu mobilisieren.

Jette Hausotter (Berlin)

**Peglaun, Andreas, *Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus*, Psychosozial, Gießen 2013, (635 S., geb., 44,90 €)**

Wissenschaft soll neutral, also unpolitisch sein, heißt es oft. Andererseits soll sie dem Menschen nützen, für seine Würde Partei ergreifen. Wie sind beide Forderungen in Einklang zu bringen – vor allem in den Humanwissenschaften, die in einem besonders engen Verhältnis zu einer an der Menschenwürde ausgerichteten Praxis stehen? Ist eine »neutrale« Humanwissenschaft überhaupt möglich oder eher eine Quadratur des Kreises? Diese grundsätzliche Frage stellt sich verschärft unter den Bedingungen offensichtlich inhumaner Verhältnisse. Am Beispiel der Psychoanalyse zur Zeit des Nationalsozialismus hat Verf., Psychotherapeut und Psychoanalytiker in Berlin, in seiner medienhistorischen Dissertation rekonstruiert, was passiert, wenn sich eine humanwissenschaftliche Disziplin in inhumanen Zeiten durch das Bekennnis zur Neutralität zu retten versucht. Am Fall Wilhelm Reich

zeigt er, was mit jenen Wissenschaftlern geschieht, die sich einem solchen Rettungsversuch verweigern. Durch das intensive Studium nicht nur der Sekundärliteratur, sondern auch von bisher unveröffentlichtem Archivmaterial gelingt ein eindrucksvolles Kapitel Zeitgeschichte, das die Problematik des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik exemplarisch erhellt und zudem Fragen in Bezug auf unsere Gegenwart aufwirft.

Eines der zentralen Dokumente dieses Aspekts der deutschen Medizingeschichte ist das von zwei Vorstandsmitgliedern der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft (DPG) im Sommer 1933 ausgearbeitete Memorandum, das im Oktober 1933 überarbeitet in der NS-Zeitschrift *Der Reichswart* erschien. Nachdem auch Freuds Schriften Opfer der Bitherverbrennungen geworden waren, habe sich die DPG gezwungen gesehen, sich in den Dienst der neuen Machthaber zu stellen und so nicht nur die eigene Organisation, sondern auch die therapeutische Arbeit zu retten. In diesem Memorandum heißt es: »Die Psychoanalyse bemüht sich nicht allein – auf körperlichem Gebiete – sexuell unfähige Menschen zu sexualfähig zu machen, sondern überhaupt auf allen Gebieten des Menschen unfähige Weichlinge zu lebensfähigen Menschen, Instinktheimliche zu Instinktstärkeren, lebensfremde Phantasten zu Menschen, die den Wirklichkeiten ins Auge zu sehen vermögen, ihren Triebimpulsen ausgelieferte zu solchen, die ihre Triebe zu beherrschbaren vermögen, liebesunfähige und egoistische Menschen zu liebes- und opferfähigen, am Ganzen des Lebens uninteressierte zu Dienern am Ganzen umzuformen. Dadurch leistet sie eine hervorragende Erziehungsarbeit und vermag den gerade jetzt neu herausgestellten Linien einer heroischen, realitätszugewandten, aufbauenden Lebensauffassung neu zu dienen.« (427) Verf. sieht in diesem Memorandum die Grundlagen jener »Neuen Deutschen Seelenheilkunde« formuliert, die sich nicht nur der Stärkung der »arischen Seele«, sondern nach 1939 auch konsequenterweise der »tieffenpsychologischen Kriegsführung« verschrieb. Bezeichnend für das Selbstverständnis der Psychoanalyse, wie sie in diesem Dokument zum Ausdruck kommt, ist für Verf. die Tatsache, dass es auch im Präsidium der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung (IPV) offenbar große Zustimmung zu dieser Standortbestimmung gab. Und bezeichnend sei zudem, dass einer der Autoren des Memorandums, Carl Müller-Braunschweig, offenbar auch unter den Mitgliedern der IPV auf keinerlei Kritik gestoßen sei und 1950 sogar zum Vorsitzenden der neugegründeten Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung gewählt wurde, die von der IPV als Mitgliedsorganisation anerkannt war. Zu dieser vermeintlich unpolitischen Grundhaltung passt, so Verf., dass Psychoanalytiker sich in den Jahrzehnten nach Kriegsende in Lateinamerika diktatorischen Regimen als Berater und Ausbilder zur Verfügung stellen und in den USA in Geheimdienstprogrammen an inhumanen Menschenversuchen beteiligt waren. Und so kann es auch nicht verwundern, dass die psychoanalytischen Organisationen zu den Verbrechen des Vietnam-Kriegs, zur Unterdrückung von Minderheiten, zur Gewalt gegen Kinder und zur Massenarbeitslosigkeit von Jugendlichen bis heute geschwiegen haben. Verf. führt diese Haltung auf ein Verständnis von Psychoanalyse zurück, das in ihr letztlich eine rein naturwissenschaftlich fundierte Technik der Behandlung psychischer Krankheiten sieht und die in ihren Anfängen noch geübte Gesellschaftskritik längst entsorgt habe.

Genau hier ging Wilhelm Reich einen anderen Weg, weswegen er 1933 aus der DPG und damit auch aus der IPV ausgeschlossen worden sei. Reich habe sich früh in der Sozialdemokratie, dann in der Kommunistischen Partei engagiert, für die er aber aufgrund seiner stark psychoanalytisch ausgerichteten Faschismustheorie – die er bald auch auf den Stalinismus übertrug – ebenfalls untragbar geworden sei, ehe er zunächst nach Skandinavien, dann in die USA emigrierte. Für Reich sei die patriarchalische Familie als